

Bekanntmachung

Die 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 29.09.2015 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 07.07.2015
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 Informationen zur Justizvollzugsanstalt Stralsund
 - 4.2 Verzicht Spielplatz St. Jürgen-Friedhof
 - 4.3 Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015
 - 4.4 Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kindereinrichtungen
Einreicher: Uwe Jungnickel
Vorlage: AN 0097/2015
 - 4.5 zur Eröffnung einer Rubrik "Unsere neuen Nachbarn" im Internetportal der Hansestadt
Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten
Vorlage: AN 0102/2015
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert
Vorsitz

Niederschrift
der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 07.07.2015
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 17:55 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Herr Reinhard Kremser

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen

Herr Heino Fleischer

Herr Harald Ihlo

Frau Anett Kindler

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Sarah Cornils

Herr Heino Göcke

Frau Kathi Gutsmuths

Gäste

Herr Jörg Mattern

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 16.06.2015
- 3 Wahl der 2. Stellvertreterin/ des 2. Stellvertreters der Ausschussvorsitzenden
- 4 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 5 Beratung zu aktuellen Themen
- 5.1 zur Einrichtung eines Bürgerportals
Einreicher: SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0032/2015
- 5.2 Stand der Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit

- 5.3 Jugendclub 2Day
- 6 Verschiedenes
- 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 16.06.2015

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 16.06.2015 wird bestätigt.

Abstimmung: 3 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 5 Enthaltungen

zu 3 Wahl der 2. Stellvertreterin/ des 2. Stellvertreters der Ausschussvorsitzenden

Frau Quintana Schmidt wird von Frau Ehlert als 2. Stellvertreterin der Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Enthaltung

Damit ist Frau Quintana Schmidt 2. Stellvertreterin der Ausschussvorsitzenden.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 5 Beratung zu aktuellen Themen

zu 5.1 zur Einrichtung eines Bürgerportals Einreicher: SPD-Fraktion Vorlage: AN 0032/2015

Herr Göcke führt aus, dass bereits in der vorherigen Sitzung alle Informationen gegeben wurden.

Frau Ehlert fragt, ob noch Fragen seitens der Fraktionen bestehen und erklärt für die Fraktion BfS, dass die Kosten für das Portal „Klarschiff“ als zu hoch eingeschätzt werden.

Frau Kindler möchte wissen, ob ein Wechsel von „Mängelmelder“ auf „Klarschiff“ zu einem späteren Zeitpunkt möglich wäre, da das Land angekündigt hat, dass eine Anpassung von „Klarschiff“ erfolgen soll.

Herr Göcke führt aus, dass die Kostenfrage und der Zeitrahmen bei „Klarschiff“ noch offen sind. Die Mindestvertragslaufzeit beim Portal „Mängelmelder“ würde 2 Jahre betragen und danach bestehen dann relativ kurze Kündigungsfristen, sodass ein Umstieg auf andere Portale möglich wäre.

Frau Ehlert fragt nach, ob ein solches Portal für die Stralsunder Bürger einfach zu handhaben ist.

Herr Göcke antwortet, dass das Portal sehr einfach und selbsterklärend aufgebaut ist. Es gibt zwei Zugänge. Einmal über die Website von Stralsund und eine bundesweite App.

Frau Kindler erklärt, dass es eine Zusicherung seitens der Verwaltung gab, dass noch etwas für die Hansestadt Stralsund nachgearbeitet werden muss. Aus der Fraktion bestehen jedoch Rückmeldungen, dass das Portal „Klarschiff“ dennoch einfacher zu handhaben ist. Wenn es die Möglichkeit für den Wechsel auf ein anderes Portal gibt, dann sollte man sich diese Möglichkeit offen halten.

Frau Ehlert stellt fest, dass es wichtig ist, dass zunächst die Möglichkeit besteht Mängel zu melden. Nach 2 Jahren kann man weiter entscheiden und überprüfen wie das Portal angenommen wird.

Herr Ihlo erklärt, dass es sich in den Städten Greifswald und Rostock um „Insellösungen“ handelt, die für die Hansestadt Stralsund nicht in Frage kommen.

Es besteht zudem Einigkeit über die Einführung eines Portals, auch seitens der Verwaltung, da diese Programme die Arbeit der Verwaltung erleichtern können. Man sollte somit mit „Mängelmelder“ starten.

Frau Ehlert dankt der Zeitung Am Strelasund, die bereits ein ähnliches Programm angelegt hat.

Sie erklärt, dass der Weg für ein Portal nun mit Herrn Göcke gegangen werden soll.

Herr Göcke ergänzt abschließend, dass bei einem positiven Beschluss die Zusicherung seinerseits besteht, dies in den Haushalt 2016 einzuplanen, sodass ein erneuter Beschluss der Bürgerschaft nicht notwendig wäre.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Enthaltungen

zu 5.2 Stand der Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit

Frau Guthsmuts erklärt, dass die vorläufige Haushaltsführung beendet werden konnte. Jetzt werden Anträge der Träger der Schul- und Jugendsozialarbeit bearbeitet und darüber entschieden. Es gibt viele Anträge, die das Bereitstellen von Personalausgaben notwendig machen sowie Anträge für Sach- und Mietkosten. Über die Anträge wurde bereits entschieden und die Bescheide wurden an die entsprechenden Träger versendet.

Es wurden in diesem Rahmen bereits 211.500 € ausgegeben.

Im Einzelnen wurden Personalkosten in Höhe von 176.215 €, Sachkosten in Höhe von 7.214 € und Mietkosten in Höhe von 28.070 € bewilligt.

Die Maßnahmen gestalten sich ähnlich wie in den letzten Jahren. Es sind jedoch einige Verschiebungen vorgenommen worden. In Bezug auf die Mietkosten wurden teilweise Ablehnungen ausgesprochen. Es konnten also nicht alle Kosten in voller Höhe und im vollen Umfang beschieden werden. Bei den Personalkosten wurde durch den Landkreis eine Vorabprüfung durchgeführt und die Entscheidung bereits festgelegt.

Es wurde sich an die Entscheidung des Landkreises angepasst. Die Leistungen, welche durch die Hansestadt Stralsund zu zahlen sind, wurden wie in den Bewilligungsbescheiden des Landkreises genauso beschieden.

Frau Ehlert fragt nach, ob die Träger bis jetzt in Vorleistung gegangen sind.

Frau Guthsmuts antwortet, dass sich die Träger, über die Bewilligung des Landkreises, die Mittel vorab abgerufen haben.

Ehlert fragt nach, ob die 1/3 Regelung weiter Bestand haben wird und ob eine zukünftige Änderung angestrebt wird, um gerade bei den Personalkosten Planungssicherheit zu haben.

Frau Guthsmuts führt aus, dass eine Änderung erst dann möglich ist, wenn keine Beschränkungen durch das Innenministerium bestehen. Über freiwillige Mittel in Bezug auf die Jugendarbeit kann erst entschieden werden, wenn es einen ausgeglichenen Haushalt gibt.

Frau Ehlert erklärt abschließend, dass die Schul- und Jugendsozialarbeit von vielen Geldern und Zuwendungen abhängt und es schwer ist gutes Fachpersonal zu halten, resultierend aus der Pflicht in Vorkasse gehen zu müssen.

zu 5.3 Jugendclub 2Day

Frau Ehlert berichtet von Besuch im Jugendclub.

Herr Bogdahn konnte vor Ort aufzeigen unter welchen schwierigen Bedingungen gearbeitet wird. Er scheint seine Arbeit aus Berufung zu machen. Die Einrichtung war gut besucht und es wird dort sehr gut gearbeitet.

Bis zur nächsten Sitzung sollte überlegt werden, was man an Hilfe anbieten kann, da dort jegliche Unterstützung sehr dringend benötigt wird. Frau Ehlert bittet um Vorschläge für die nächste Ausschusssitzung.

Frau Kindler führt aus, dass leicht gesagt werden kann, dass offene Jugendarbeit eigentlich eine Angelegenheit des Kreises ist, aber Kinder leben auch hier in der Stadt.

Für den nächsten Haushalt sollte man sich Gedanken machen, welche Positionen man einbringen kann, um die Kinder- und Jugendarbeit in der Hansestadt Stralsund sinnvoll zu unterstützen. Man könnte einen Betrag in den Haushalt einstellen, als einen symbolischen Beitrag, den die Stadt für ihre Kinder und Jugendlichen leisten kann.

zu 6 Verschiedenes

Frau Dr. Carstensen fragt nach, ob es möglich wäre, den ausgefallenen Termin in der Justizvollzugsanstalt als Sitzungstermin nachzuholen.

Frau Ehlert erklärt nach kurzer Beratung, dass ein Sitzungstermin (öffentlich) in der Justizvollzugsanstalt nicht möglich ist.

Frau Dr. Carstensen fragt, ob es möglich ist, Frau Böcker zur nächsten Sitzung einzuladen.

Frau Ehlert schlägt vor, dies für September mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

**zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Die Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf vorhanden war.

gez. Sabine Ehlert
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung

Titel: Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Federführung: Fraktion BfS/AfD	Datum: 13.01.2015
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Begründung:

Beim Betrachten des Internetauftritts unserer Hansestadt Stralsund fällt auf, dass Stralsund keine App fürs Handy hat.

Unsere Idee ist, dass die Daten des Parkleitsystems auf einer Stralsund App zu finden sind. Das bedeutet, man sieht einen Stadtplan, die Parkhäuser und die aktuellen freien Plätze. Klickt man ein Parkhaus an, erhält man eine Wegbeschreibung. P&R Plätze müssen natürlich auch mit angegeben werden und gleichzeitig eine Wegbeschreibung. So hat die Hansestadt Lübeck eine Top Version. Siehe <http://www.parken-luebeck.de/>
Die App könnte auch anzeigen, wo Anwohnerparkplätze sind und die Besucher unserer Stadt nicht parken können. Als letztes, es sollte eine Vernetzung mit den bereits vorhandenen Wegbeschreibungen u.ä. aufgenommen werden. Diese sind momentan in einer guten Qualität vorhanden, aber aus unserer Sicht nicht benutzerfreundlich zusammengefasst.

Michael Philippen
Fraktionsvorsitzender

TOP Ö 4.3

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.4

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in die Ausschüsse für Finanzen und Vergabe; für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Beschluss-Nr.: 2015-VI-01-0151

Datum: 22.01.2015

Im Auftrag

Gez. Kuhn

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 22.01.2015

Zu TOP : 9.4

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Meier beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe und Bau, Umwelt und Stadtentwicklung.

Herr Philippen kann einer Verweisung zustimmen.

Herr Haack begründet kurz den Antrag und schließt sich Herrn Philippen an.

Frau Müller schlägt vor, dass der Antrag zusätzlich in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung verwiesen wird. Zudem merkt Frau Müller an, dass die Deckungsquelle fehlt.

Herr Paul stellt den erweiterten Verweisungsantrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in die Ausschüsse für Finanzen und Vergabe; für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss-Nr.: 2015-VI-01-0151

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 05.02.2015

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 18.02.2015

Zu TOP : 3.2.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch erläutert, dass es sich bei der Homepage „Parken in Lübeck“ um keine App handelt. Die Hansestadt Stralsund stellt selbstverständlich auch Informationen zum Thema Verkehr und Parken auf ihrer Homepage zur Verfügung. Die Verwaltung hat festgestellt, dass das Thema Parken noch stärker herausgestellt werden sollte. Die Verwaltung empfiehlt daher es bei der Homepage zu belassen. Es besteht kein zwingender Bedarf einer App.

Herr Meißner spricht sich für ein solches System aus. Die Einbindung ins Parkleitsystem der Stadt würde sich wohl schwierig gestalten.

Herr Lewing ist der Meinung, dass eine Park-App in Stralsund nicht benötigt wird. Ausweichmöglichkeiten sind in kürzester Zeit erreichbar.

Der Vorsitzende, Herr Lastovka, schlägt vor, den Beschlussvorschlag zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 09.03.2015

Gez. Nicole Böttner

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 18.03.2015

**Zu TOP : 4.2
Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015**

Die CDU/FDP Fraktion ist für eine Anpassung der Stralsund-Seite, um sie auch für Handys nutzbar zu machen. Frau von Allwörden spricht sich nach der eben vorgestellten Präsentation für eine Stralsund App aus. Herr van Slooten ist ebenfalls der Meinung, dass eine Verzahnung mehrerer Punkte notwendig ist.

Herr van Slooten stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt zurück zustellen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 07.04.2015

Gez. Gaby Ely

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 17.02.2015

Zu TOP : 4.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch teilt mit, dass es sich hier um einen verwiesenen Antrag aus der Bürgerschaft handelt. Zum Modell in Lübeck informiert er, dass es sich dort nicht um eine App, sondern um eine Homepage handelt, auf der alle Informationen zum Parken bereitgestellt werden.

Herr Bogusch informiert über die ersten Überlegungen, die in der Verwaltung besprochen wurde. Es wäre möglich, über die Themenkarte „Parken/ Verkehr“, die bereits auf der Homepage der Stadt abrufbar ist, weitere Informationen zu Parkhäusern und Parkmöglichkeiten auch für Menschen mit Behinderung in Stralsund bereit zu stellen. Die Kapazität ist abrufbar, jedoch nicht die derzeitige Belegung. Die Auslastung ist jedoch über das Parkleitsystem vor Ort ersichtlich.

Von den Betreibern der Parkhäuser ist es nicht gewollt, vorab die Belegung recherchieren zu können, da sich diese ständig ändert und so ein Ausweichen der potenziellen Kunden möglich wäre.

Frau Behrendt weist darauf hin, dass die Darstellung der Informationen auf der Internetseite eine gute Variante darstellt. Eine App muss für verschiedene Systeme kostenpflichtig programmiert werden. Weiter muss die App beworben werden, um sie den potenziellen Nutzern auch bekannt zu machen. Es ist fraglich, ob Besucher im App Store nach einer Park App für Stralsund suchen würden.

Frau Kindler teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen über den Antrag beraten hat. Es würde vorgeschlagen, die Website ggf. anzupassen und eine Funktionserweiterung schon vorhandener Möglichkeiten in die Überlegungen einzubinden. Weiter sollte bei einer App bedacht werden, dass sie auch bei Nutzung mit dem Handy lesbar bleibt. Weiter solle in die Überlegungen mit einfließen, die Fahrpläne des ÖPNV ggf. zu integrieren.

Frau von Allwörden sieht die Handhabung einer App viel einfacher und praktischer für Smartphone-Nutzer. Der Abruf einer Internetseite ist kompliziert und dauert zu lange. Dies wird von Frau Ehlert bestätigt. In die App können auch die Gastronomie, die Hotelbranche und der Tourismus integriert werden.

Herr Ihlo gibt zu bedenken, dass die neuen Autos mit Navigationsgerät ausgestattet sind, in dem diese Informationen auch alle abrufbar sind, ohne das Handy nutzen zu müssen. Jedoch geht der Trend immer mehr in Richtung App. Viele Firmen und Dienstleister bieten Apps an. Daher ist hier Beratungsbedarf vorhanden.

Frau Ehlert fasst zusammen, dass die App spezifische Angaben z.B. über die Anzahl der freien Parkplätze, Behindertenparkplätze, Hotels, Gaststätten bietet.

Dazu stellt Herr Bogusch klar, dass auch diese Angaben auch auf der Homepage abrufbar sein können. Die Stadtkarten auf der Stralsund Seite sind relativ groß und somit auch mit dem Smartphone abrufbar.

Dazu stellt Frau von Allwörden klar, dass jemand der die Seite der Stadt nicht kennt, erst im Internet recherchieren muss, wie die Seite der Stadt heißt. Dann muss er sich durch die Seite klicken, um zu den nötigen Informationen zu gelangen. Dies geht mit einer App, die man sich im Vorfeld der Reise schon herunterladen kann viel zeitsparender und übersichtlicher.

Frau Behrendt macht deutlich, dass bei der Erarbeitung der jetzigen Website darauf geachtet wurde, dass diese mit Smartphones lesbar ist. Das Erstellen einer mobilen Website hätte zusätzlich viel Geld gekostet und wurde daher verworfen. Sie schlägt vor, die vorhandene Website mit zusätzlichen Informationen aufzuarbeiten.

Frau Kindler macht deutlich, dass eine App hohe Kosten haben könnte. Dazu macht Frau Behrendt deutlich, dass es eine werbefinanzierte App der Tourismuszentrale gab. Diese hat sich nicht getragen und wird daher nicht mehr angeboten.

Frau Ehlert schlägt vor, den Antrag in die Fraktionen zu verweisen, da es noch Beratungsbedarf gibt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 02.03.2015

gez. Constanze Schütt

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 24.02.2015

Zu TOP : 4.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch erläutert, dass das Thema bereits im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung und im Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung beraten wurde. Im Ergebnis wurde es in die Fraktionen verwiesen. Das genannte Beispiel aus Lübeck ist eine Homepage und keine App. Seitens der Verwaltung wird auch die Homepage-Variante favorisiert. Auf www.stralsund.de können bereits viele Informationen rund um das Thema Verkehr abgerufen werden. Auch die Homepage hat noch Optimierungspotential. Eine Park-App ist nicht zwingend erforderlich. Die Realisierung einer App mit Navigationsfunktion ist sehr kostenintensiv.

Auf Nachfrage von Herrn Meier berichtet Herr Bogusch über die bestehende Stralsund-App, die jedoch im App-Store nicht mehr verfügbar ist.

Frau Behrendt führt weiter aus, dass die Stralsund-App um das Thema Parken erweitert werden könnte. Man rechnet mit einem mittleren bis hohen vierstelligen Betrag zur Erstellung einer solchen Park-App. Es ist unwahrscheinlich, dass Kurzurlauber sich eine Park-App herunterladen. Laut einer Gästebefragung informieren sich Urlauber lieber vor Ort. Das Parkleitsystem ist ausreichend für Stralsund.

Auf Nachfrage von Herrn Hölbing gibt Herr Bogusch bekannt, dass bisher keine Gespräche mit der Fachhochschule Stralsund geführt wurden. Man müsse sich nach einem Partner an der FH umsehen.

Herr Pieper hält die Stralsund-App für nicht hilfreich. Es ist sinnvoll die Parkplätze, die Wege und die Sehenswürdigkeiten miteinander zu verbinden und mittels QR-Code Informationen zu historischen Sehenswürdigkeiten abzurufen.

Herr Bogusch antwortet auf die Frage von Herrn Pieper und teilt mit, dass die Belegungszahlen der Parkhäuser an einen zentralen Parkleitrechner gemeldet werden, der sich im Parkhaus am Hafen befindet. Hier werden die Belegungszahlen der privat geführten sowie die der LEG betriebenen Parkhäuser verarbeitet. Die Belegung ist auch jederzeit über die Verkehrsbehörde abrufbar. Man müsste Gespräche mit den privaten Parkhausbetreibern führen, ob es gewollt ist, die Belegungszahlen im Internet darzustellen. Für das Parkleitsystem gibt es solch eine Vereinbarung.

Herr van Slooten ist der Meinung, dass innerhalb der Altstadtinsel wenig Durchgangsverkehr gewollt ist. Es ist unter den derzeitigen Gegebenheiten wenig sinnvoll. Davon sollte Abstand genommen werden.

Herr Kuhn erwartet von der Verwaltung eine Kostenaufstellung/Kostenvoranschlag, um eine Entscheidung zu diesem Thema im Ausschuss für Finanzen und Vergabe treffen zu können. Herr Bogusch schlägt vor, die Thematik vorrangig im BUSTa zu behandeln. Erst wenn man dort zu einem Ergebnis gekommen ist, kann man über Kosten reden.

Herr Hölbing bittet darum, dass Gespräch mit der Fachhochschule zu suchen, um die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Herr Meier schließt sich der Aussage von Herrn Bogusch an und schlägt die Verweisung zur Beratung in die Fraktionen vor.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 02.03.2015

Gez. Constanze Schütt

Titel: Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kindereinrichtungen
Einreicher: Uwe Jungnickel

Federführung: Fraktion LINKE offene Liste	Datum: 30.06.2015
Einreicher: Uwe Jungnickel	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt zu prüfen, ob die Länge der Grünphasen von Ampeln in der Nähe der oben genannten Einrichtungen ausreichend sind, damit Kinder sowie ältere und behinderte Menschen genügend Zeit haben, um dort die Straßen sicher überqueren zu können.

Er möge weiterhin prüfen, ob für den Fall, wenn sich herausstellen sollte, dass einzelne Grünphasen für eine sichere Überquerung der Fahrbahn nicht ausreichen, kurzfristig die Möglichkeit besteht, die Phasen zu verlängern.

Begründung:

Bürger teilten uns mit, dass an verschiedenen Ampeln in der Stadt wie z.B. in Andershof oder am Grünhufer Bogen zwischen Pflegeheim und Tierpark, die Grünphasen zu kurz sind, um Kindern oder älteren Mitbürgern eine sichere Straßenüberquerung zu ermöglichen.

TOP Ö 4.4

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.2

**Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und
Kindereinrichtungen**

Einreicher: Uwe Jungnickel, Fraktion LINKE offene Liste

Vorlage: AN 0097/2015

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt,

den folgenden Antrag zur Beratung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen.

Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt zu prüfen, ob die Länge der Grünphasen von Ampeln in der Nähe der oben genannten Einrichtungen ausreichend sind, damit Kinder sowie ältere und behinderte Menschen genügend Zeit haben, um dort die Straßen sicher überqueren zu können.

Er möge weiterhin prüfen, ob für den Fall, wenn sich herausstellen sollte, dass einzelne Grünphasen für eine sichere Überquerung der Fahrbahn nicht ausreichen, kurzfristig die Möglichkeit besteht, die Phasen zu verlängern.

Beschluss-Nr.: 2015-VI-06-0241

Datum: 16.07.2015

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.4

Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 16.07.2015

Zu TOP : 9.2

**Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und
Kindereinrichtungen**

Einreicher: Uwe Jungnickel, Fraktion LINKE offene Liste

Vorlage: AN 0097/2015

Frau Dr. Stahlberg beantragt, den Antrag in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen und begründet dies ausführlich.

Herr Paul lässt über den Verweisungsantrag abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-06-0241

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. C. Schütt

Stralsund, 23.07.2015

Titel: zur Eröffnung einer Rubrik "Unsere neuen Nachbarn" im Internetportal der Hansestadt

Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten

Federführung: Fraktion SPD	Datum: 07.07.2015
Einreicher: van Slooten, Peter	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	16.07.2015	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Portal der Hansestadt eine Rubrik zu eröffnen, in der die in Stralsund aufgenommenen Flüchtlinge willkommen geheißen und unterstützt werden, in der z. B. unter dem Titel „Unsere neuen Nachbarn“ über ihre Anzahl, ihre Herkunftsländer und ihre Situation informiert wird und in der zu erfahren ist, wo einerseits Flüchtlinge welche Hilfsangebote und Informationen bekommen können und andererseits einheimische Stralsunder erfahren, was zur Unterstützung der neuen Nachbarn benötigt wird und wer ihre Fragen beantworten kann.

Begründung:

Das Amt Penzlin hat einen hervorragenden geradezu beispielgebenden Internetauftritt für Flüchtlinge und Einheimische und macht damit sehr gute Integrationserfahrungen, von denen alle profitieren.

Davon sollten wir lernen und ebenfalls profitieren.

Peter van Slooten
Fraktionsvorsitzender

TOP Ö 4.5

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.8

zur Eröffnung einer Rubrik "Unsere neuen Nachbarn" im Internetportal der Hansestadt

Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten

Vorlage: AN 0102/2015

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt,

den folgenden Antrag zur Beratung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen.

Die Bürgerschaft beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Portal der Hansestadt eine Rubrik zu eröffnen, in der die in Stralsund aufgenommenen Flüchtlinge willkommen geheißen und unterstützt werden, in der z. B. unter dem Titel „Unsere neuen Nachbarn“ über ihre Anzahl, ihre Herkunftsländer und ihre Situation informiert wird und in der zu erfahren ist, wo einerseits Flüchtlinge welche Hilfsangebote und Informationen bekommen können und andererseits einheimische Stralsunder erfahren, was zur Unterstützung der neuen Nachbarn benötigt wird und wer ihre Fragen beantworten kann.

Beschluss-Nr.: 2015-VI-06-0245

Datum: 16.07.2015

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 16.07.2015

Zu TOP : 9.8

zur Eröffnung einer Rubrik "Unsere neuen Nachbarn" im Internetportal der Hansestadt

Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten

Vorlage: AN 0102/2015

Herr van Slooten begründet den Antrag der SPD-Fraktion und wirbt dafür, den Antrag zu unterstützen.

Herr Smyra teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen wird.

Herr Arendt wird den Antrag nicht unterstützen.

Frau Dr. Stahlberg stellt den Antrag, die Angelegenheit in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen und begründet ihren Antrag ausführlich.

Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-06-0245

Der Antrag wird zur Beratung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung verwiesen.

Beschluss-Nr.: 2015-VI-06-0245

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 23.07.2015